



# HESSISCHER LANDTAG

22. 03. 2021

## Kleine Anfrage

**Yanki Pürsün (Freie Demokraten) und Oliver Stirböck (Freie Demokraten)**  
vom 17.12.2020

### **WLAN-Versorgung und Breitbandausbau in Frankfurt – Teil II**

und

### **Antwort**

**Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung**

#### **Vorbemerkung Fragesteller:**

Nicht nur in ländlichen Regionen, auch in der Stadt Frankfurt ist die Versorgung mit Breitband und schnellem Internet teilweise lückenhaft. Die Versorgung mit WLAN-Hotspots und das Schließen der Lücken ist daher auch für Hessens größte Stadt ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Netze. Insbesondere im Vergleich mit anderen europäischen Metropolen fällt die unterdurchschnittliche WLAN-Verfügbarkeit auf. Während die Telekommunikationsunternehmen (TK) ihr Netz eigenwirtschaftlich in großen Teil von Metropolen ausbauen, profitieren vor allem ländliche Regionen vom geförderten Breitbandlückenausbau. Leider ist die tatsächlich vorhandene Bandbreite häufig deutlich unter der vertraglichen Bandbreite. Auch Erhöhungen der vertraglichen Bandbreite, die zu einer stetigen Verbesserung der Statistik führen, erhöhen nicht die tatsächlich nutzbare Bandbreite. Somit ist die Realität immer weniger rosig als die aktuelle Pressemitteilung der Stadt und des Digitalministeriums.

#### **Vorbemerkung Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung:**

Der Ausbau der digitalen Infrastrukturen in Hessen schreitet kontinuierlich voran. Auch beim Festnetzausbau ist Hessen auf einem sehr guten Weg. Die Beschleunigung des marktgetriebenen Ausbaus sowie die verschiedenen geförderten Lückenschlussprojekte tragen bereits Früchte. Dies zeigen die aktuellen Zahlen des Breitbandatlas des Bundes (Quelle: BMVI/atene KOM [Stand: Mitte 2020]): Knapp 96 % der hessischen Haushalte verfügen mittlerweile über eine Versorgung mit 50 Mbit/s im Download. Damit liegt Hessen auf Platz 2 der Flächenländer in Deutschland – eine Verbesserung um zwei Plätze seit Ende 2019. Die Lücken in der Versorgung werden daher immer kleiner. Dies gilt vor allem auch für die Stadt Frankfurt am Main selbst. Hier hat sich die ohnehin schon sehr gute Breitbandversorgung von Ende 2019 auf Mitte 2020 – bezogen auf 50 Mbit/s im Download – von 98,2 % auf 99,0 % verbessert.

Die Stadt Frankfurt am Main wurde zudem Anfang November 2018 von dem Kabelnetzbetreiber Unitymedia (heute Vodafone) zur ersten „Gigabit-City“ in Hessen erklärt. Rund 380.000 Haushalte mit Kabelanschluss – das entspricht etwa 90 % aller Frankfurter Haushalte – sind seit dieser Zeit mit einem Hochgeschwindigkeits-Internetzugang mit einem Tempo von bis zu einem Gigabit pro Sekunde im Download versorgt. Dies belegt auch der Breitbandatlas des Bundes, der für Frankfurt am Main bzgl. einer Breitbandgeschwindigkeit von 1.000 Mbit/s eine Versorgung von 94 % ausweist (Quelle: BMVI/atene KOM, Stand: Mitte 2020).

Des Weiteren haben sich unter Federführung des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain Kommunen in der „Gigabitregion FrankfurtRheinMain“ mit dem Ziel zusammengeschlossen, in der Region ein flächendeckendes Gigabitnetz aufzubauen. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde am 16. Mai 2019 unterzeichnet. Die Landesregierung wird dieses Projekt – wie grundsätzlich alle hessischen Kommunen oder kommunalen Zusammenschlüsse – beim Ausbau der digitalen Infrastruktur unterstützend begleiten und im Bedarfsfall fördern.

Mit Einführung der Transparenzverordnung durch die Bundesnetzagentur am 19. Dezember 2016 sind die Verbraucherrechte neu geordnet worden. Kunden können, wenn die vereinbarte Downloadgeschwindigkeit nicht dem Vertrag entspricht, den entsprechenden Nachweis gegenüber ihrem Anbieter mit Hilfe der Breitbandmessungen der Bundesnetzagentur seither wesentlich einfacher führen. Dies verbessert die Position der Kunden gegenüber ihrem TKU erheblich und setzt einen zusätzlichen Anreiz, vertraglich zugesicherte Geschwindigkeiten auch tatsächlich zur Verfügung zu stellen.

Das Land Hessen hat seinerseits schließlich einen Rahmenvertrag zu Planung, Errichtung und Betrieb von WLAN-Hotspots („HessenWLAN“) mit einem externen Provider abgeschlossen. Der Vertrag trat am 28. April 2020 in Kraft und hat eine Laufzeit von vier Jahren. Alle Dienststellen des Landes Hessen, mit Ausnahme der Polizeidienststellen und der Hochschulen, können hieraus Abrufe zwecks Bereitstellung öffentlicher WLAN-Hotspots für die Dauer von vier Jahren ab der Beauftragung tätigen.

In Abhängigkeit von der Dienststellengröße werden die Bereitstellung und die Betriebskosten für eine bestimmte Anzahl von WLAN-Hotspots bis 2023 aus Mitteln Bereichs der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung finanziert. Mit der landesweiten Bereitstellung von HessenWLAN wurde im 2. Halbjahr 2020 begonnen.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wurden inzwischen über das WLAN-Förderprogramm "Digitale Dorflinde" WLAN-Hotspots in Frankfurt gefördert?

Das WLAN-Förderprogramm „Digitale Dorflinde“ wurde insbesondere für die Kommunen in Hessen konzipiert, in denen bisher keine WLAN-Versorgung an öffentlichen Plätzen oder in öffentlichen Einrichtungen vorhanden ist. Da öffentliche WLAN-Zugangspunkte in Großstädten u. a. aufgrund bestehender Gastronomie- oder Veranstaltungsangebote meist bereits ausreichend vorhanden sind, richtet sich das Förderprogramm demnach insbesondere an den ländlichen Raum. Die Landesregierung weist zudem darauf hin, dass die Beantragung eines oder mehrerer WLAN-Hotspots im Rahmen des WLAN-Förderprogramms „Digitale Dorflinde“ durch die Kommune erfolgen muss.

Gemäß vorliegenden Informationen mit Stand 18. Dezember 2020 hat die Stadt Frankfurt im Rahmen des WLAN-Förderprogramms „Digitale Dorflinde“ bisher keinen Antrag gestellt.

Frage 2. Wie hoch ist der Anteil der Landesdienststellen in Frankfurt mit Hessen WLAN-Hotspots?

In Frankfurt am Main beabsichtigen 23 Landesdienststellen einen Abruf von WLAN-Hotspots aus dem in der Vorbemerkung angesprochenen Rahmenvertrag des Landes vorzunehmen. Hiervon wurden bisher in drei Dienststellen (Finanzamt Frankfurt am Main I, Finanzamt Frankfurt am Main II und Finanzamt Frankfurt am Main V-Höchst) HessenWLAN-Hotspots bereitgestellt.

In weiteren 15 Landesdienststellen soll die Bereitstellung im Jahr 2021 und in 5 Dienststellen im Jahr 2022 erfolgen.

Frage 3. Für wie viel Prozent der Frankfurter Haushalte steht keine leitungsgebundene Internet-Bandbreite von mind. 30 MBit/sec. zur Verfügung?

Laut Breitbandatlas des Bundes (BMVI/atene KOM [Stand Mitte 2020]) haben lediglich 0,7 % der Frankfurter Haushalte keine leitungsgebundene Internet-Bandbreite von mind. 30 Mbit/s zur Verfügung. Die Stadt Frankfurt liegt mit einer Versorgungsquote von 99,3 % hinsichtlich einer Internetgeschwindigkeit von 30 Mbit/s mithin weit über dem Bundesdurchschnitt von 94,8 % und sogar über dem Schnitt für Hessen von 97,3 %. Frankfurt rangiert mit dieser Versorgungsquote sogar vor den drei Stadtstaaten Berlin (98,7 %), Bremen (98,7 %) und Hamburg (99 %).

Frage 4. Was unternimmt die Landesregierung, damit für diese Haushalte eine Breitbandversorgung von mind. 30 Mbit/sec zur Verfügung steht?

Sofern im Rahmen der bisher noch unterversorgten 0,7 % der Frankfurter Haushalte kein eigenwirtschaftlicher Ausbau erfolgt und somit eine lückenhafte eigenwirtschaftliche Breitbandversorgung festzustellen ist, ist die Stadt Frankfurt am Main berechtigt, für entsprechend unterversorgte Gebiete Förderanträge zu stellen.

Frage 5. Hat die Stadt Frankfurt weiterhin keine Landes- oder Bundes-Breitband-Fördermittel erhalten?

Nach Kenntnis der Landesregierung hat die Stadt Frankfurt am Main keine Fördermittel aus den von der WIBank bearbeiteten Förderprogrammen erhalten, da das gesamte Stadtgebiet keine weißen Flecken aufweist, welche die Voraussetzung für eine Förderung bilden.

Frage 6. Gibt es Vereinbarungen o.ä. der Stadt Frankfurt oder des Landes mit Breitbandanbietern zur Versorgung der Haushalte in Frankfurt mit Glasfaser?

Wie die Stadt Frankfurt die Landesregierung informiert hat, hat sie sich von Beginn an aktiv am Projekt „Gigabitregion FrankfurtRheinMain“ beteiligt, um durch ein konzertiertes Vorgehen eine schnelle und kostengünstige Glasfaserversorgung zu realisieren. Ziel sei es, durch den Abschluss entsprechender Vereinbarungen mit verschiedenen Telekommunikationsunternehmen die Glasfaser-Ausbauziele des Projektes in Frankfurt wie in der gesamten Gigabitregion zu erreichen.

Frage 7. Wann erwartet die Landesregierung, dass jeder Haushalt in Frankfurt leitungsgebunden mindestens 30 MBit/sec. zur Verfügung hat?

Die Zuständigkeit bezüglich der Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen liegt gemäß Art. 87f des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich bei der Privatwirtschaft. Der Zeitpunkt des Lückenschlusses ist damit vorrangig davon abhängig, ob ein marktgetriebener Ausbau erfolgt. Sollte dies nicht der Fall sein, kann die Stadt Frankfurt einen Antrag auf Landesförderung mit dem Ziel der Nachverdichtung des Anschlussnetzes stellen.

Da die Stadt Frankfurt ebenfalls am Projekt „Gigabitregion FrankfurtRheinMain“ beteiligt ist, kommt als weitere Voraussetzung zur Einschätzung eines zeitlichen Rahmens noch hinzu, wie die finalen Vereinbarungen hierzu ausgestaltet sein werden. Dabei ist anzumerken, dass mit dem Vorhaben Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude hinein angestrebt werden. Die damit realisierbare Versorgung geht somit weit über 30 Mbit/s hinaus. Da die Stadt Frankfurt als Projektbeteiligte innerhalb des Vorhabens unmittelbar agiert, erwartet die Landesregierung grundsätzlich eine planerische Berücksichtigung etwaig unterversorgter Adressen und eine Umsetzung gemäß den Ausbauzielen innerhalb der geplanten Projektlaufzeit.

Frage 8. Für wie viel Prozent der Frankfurter Haushalte steht eine leitungsgebundene Internet-Bandbreite von mind. 200 MBit/sec. zur Verfügung?

Laut Breitbandatlas des Bundes (BMVI/atene KOM [Stand Mitte 2020]) verfügen bereits 96,8 % der Frankfurter Haushalte über eine Internet-Bandbreite von mind. 200 Mbit/s.

Frage 9. Für wie viel Prozent der Frankfurter Haushalte steht eine leitungsgebundene Internet-Bandbreite von mind. 1 GBit/sec. zur Verfügung?

Laut Breitbandatlas des Bundes (BMVI/atene KOM [Stand Mitte 2020]) verfügen bereits 94 % der Frankfurter Haushalte über eine Internet-Bandbreite von mind. 1.000 Mbit/s.

Frage 10. Welche Glasfaserrate erwartet die Landesregierung in diesem Jahrzehnt für die Haushalte in Frankfurt? (Bitte für jedes Jahr einzeln angeben)

Gemäß den Zielen der Gigabitstrategie für Hessen sollen bis 2030 Glasfaseranschlüsse flächendeckend ausgebaut werden. Der Landesregierung liegt aktuell jedoch kein Förderantrag der Stadt Frankfurt vor. Auch veröffentlichen die Telekommunikationsanbieter keine Ausbauplanungen. Ein Zeitplan für die Stadt Frankfurt kann vor diesem Hintergrund momentan nicht angegeben werden.

Hinsichtlich der Projektierung zum Vorhaben „Gigabitregion FrankfurtRheinMain“ wird auf die Antwort auf Frage 6 verwiesen.

Wiesbaden, 16. März 2021

**Prof. Dr. Kristina Sinemus**